

# SSW-Standpunkte



## *Näher dran!*

Kommunales Programm des SSW  
für die Jahre 2008-2013



*Für uns  
im Norden.*

## **Der SSW ist näher dran!**

*Der SSW ist seit Jahrzehnten die drittgrößte kommunalpolitische Kraft im Landesteil Schleswig. Unser Ziel für die Kommunalwahl am 25. Mai ist es, diesen starken dritten Platz zu verteidigen und auszubauen.*



*Der SSW ist näher dran. Wir sind näher am Landesteil Schleswig, denn wir machen ausschließlich Politik für uns im Norden. Unsere Kommunalpolitiker müssen nicht die üblichen Schaukämpfe der Berliner Politik-Bühne in den Rathäusern fortsetzen. Sie kennen die Probleme der Region und können sachlich entscheiden, was das Richtige für die Menschen vor Ort ist.*

*Der SSW ist auch näher an den skandinavischen Vorbildern in der Sozialpolitik, in der Bildungspolitik und in der Umweltpolitik. Und der SSW ist vor allem näher an den Menschen vor Ort.*

*Dies spiegelt sich auch in unseren Wahlzielen wieder: Unser Programm für die Jahre 2008-2013 besteht aus konkreten Zielen, die sich auf kommunaler Ebene einfordern und umsetzen lassen.*

### **Kommunalprogramm des SSW für 2008-2013**

1. Kommunale Demokratie ist wichtig	Seite 3
2. Kommunale Demokratie modernisieren	Seite 3
3. Die kulturelle Vielfalt stärken	Seite 6
4. Wirtschafts- und Strukturförderung	Seite 9
5. Solidarität vor Ort	Seite 12
6. Lokale Beiträge zur Klima- und Energiepolitik	Seite 17

## 1. Kommunale Demokratie ist wichtig

In der heutigen Mediengesellschaft ist die kommunale Politik stark in den Hintergrund gerückt. Nichtsdestotrotz werden auf dieser Ebene Entscheidungen getroffen, die für die Bürgerinnen und Bürger von existenzieller Bedeutung sind.

Fragen der Privatisierung von kommunalen Einrichtungen wie der Wasserversorgung oder Fragen des Schutzes von Kindern vor Gewalt und Vernachlässigung – um nur einige Beispiele zu nennen – sind Themen, die konkrete und weit reichende Folgen für die Menschen vor Ort haben können.

Umso wichtiger ist es, dass die Bürgerinnen und Bürger sich am demokratischen Leben in der Kommune beteiligen.

Leider misst die Bevölkerung den Kommunalwahlen immer weniger Bedeutung zu. Dies spiegelt sich deutlich in der Wahlbeteiligung zur Kommunalwahl 2003 wieder, die mit 54,4 % um 12,1 % bzw. 24,7 % unter der Beteiligung an den letzten Landtags- und Bundestagswahlen lag.

Deshalb muss es das gemeinsame Anliegen aller Parteien, Wähler-

gemeinschaften und kommunalpolitischer Bürgergruppen sein, bei der Kommunalwahl am 25. Mai 2008 wieder mehr Wählerinnen und Wähler davon zu überzeugen, dass sie ihr kommunales Wahlrecht wahrnehmen.



## 2. Kommunale Demokratie modernisieren

### 2.1. Bürgernahe Kommunen

Die Bedeutung der kommunalen Selbstverwaltung besteht darin, dass politische Beschlüsse von der Gemeinschaft vor Ort gefällt werden. Dort können die Menschen am ehesten beurteilen, was lokal erforderlich ist. Dabei darf die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger sich nicht nur auf die Stimmabgabe zur Kommunalwahl alle fünf Jahre beschränken. Bei wichtigen Vorhaben muss die Bevölkerung rechtzeitig und umfassend einbezogen werden.

Jenseits dieser Bürgerbeteiligung muss die kommunale „Macht“

aber eindeutig bei den gewählten Kommunalvertreterinnen und Kommunalvertretern der verschiedenen Parteien und Wählergruppen liegen, die einen möglichst breiten Ausschnitt der Bevölkerung repräsentieren. Vor diesem Hintergrund war die Einführung der Direktwahl von Bürgermeistern und Landräten im Jahr 1996 eine Fehlentscheidung: Das kommunale Ehrenamt wurde zugunsten des hauptamtlichen Verwaltungschefs geschwächt und die politische Vielfalt wurde eingeschränkt.

- Der SSW setzt sich für eine bürgerfreundliche kommunale Verwaltung ein, die ihre Dienste ständig weiter verbessert und auf die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger einstellt.
- Der SSW setzt sich für eine bürgernahe Verwaltung ein, die ihre Dienste so weit wie möglich nah am Wohnort der Bürgerinnen und Bürger anbietet.
- Der SSW arbeitet für mehr Transparenz der Kommunalverwaltungen und der Kommunalpolitik: Sitzungen der kommunalen Ausschüsse sollten grundsätzlich öffentlich sein und den Bürgern muss ein unkomplizierter Zugang zu kommunalen Daten gewährt werden.

Über die Möglichkeit der Gemeindeordnung und des – seinerzeit vom SSW im Landtag eingebrachten – Informationsfreiheitsgesetzes hinaus müssen vor Ort neue Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung und der „Gläsernen Verwaltung“ erprobt werden. Die Kommunalverwaltungen sollen von sich aus so viele Informationen wie möglich veröffentlichen, z. B. im Internet. Hier können skandinavische Beispiele als Vorbild dienen.

- Der SSW will die Direktwahl von hauptamtlichen Bürgermeistern und Oberbürgermeistern wie auch der Landräte abschaffen.
- Der SSW setzt sich für die Beibehaltung der hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten im kommunalen Bereich ein.

## 2.2. Handlungsfähige Kommunen

Kommunen sind kein Selbstzweck. Sie sollen vor Ort die Dinge entscheiden und verwalten, die das unmittelbare Lebensumfeld der Menschen vor Ort betreffen. Dementsprechend müssen die Kreise, Städte und Gemeinden eingerichtet werden.

In Schleswig-Holstein hat sich aber durch die letzten 140 Jahre eine kommunale Struktur entwickelt,

die diesen Anforderungen nicht mehr gerecht wird. Das Land hat

- gemessen an der Bevölkerung
- die meisten Gemeinden in der gesamten Bundesrepublik. Die über 1.100 Gemeinden – darunter über 700 mit unter 1.000 Einwohnern und nur rund 50 mit über 10.000 Einwohnern - können ihre Aufgaben nicht mehr allein bewältigen und müssen daher auf die demokratisch wie rechtlich fragwürdige Hilfskonstruktionen der Ämter zurückgreifen. Nur wenn eine ausreichende Bevölkerungsgrundlage von mindestens 8.000 Einwohnern in einer Gemeinde vorhanden ist, kann eine Kommunalverwaltung die Bürger kompetent beraten und bedienen. Und erst dann haben die Kommunalpolitiker die finanziellen Voraussetzungen, um das Leben vor Ort politisch gestalten zu können.

Bisher beschränkt sich die politische Diskussion um eine Verwaltungsstrukturreform in Schleswig-Holstein aber allein auf eine Kreisreform, bei der die Zahl der Kreise und kreisfreien Städte reduziert werden soll. Eine solche Reform macht wenig Sinn, weil die Kreise in Schleswig-Holstein schon gut aufgestellt und derzeit ihre Situation durch Zusammenarbeit und Arbeitsteilung noch deutlich verbessern. Der Gewinn einer solchen Reform stünde in keinem Verhält-

nis zu den Nachteilen von Großkreisen.

- Der SSW fordert die Zusammenlegung von Kommunen und eine verstärkte Zusammenarbeit eigenständiger Kommunen.
- Der SSW lehnt eine zwangsweise Zusammenlegung von Kreisen und kreisfreien Städten ab.

Zu einer handlungsstarken Kommune gehört für uns auch, dass sie Einfluss auf die grundlegenden Lebensbedingungen ihrer Einwohnerinnen und Einwohner nehmen kann.

Leider erliegen immer mehr der Versuchung, Aufgaben der Grundversorgung an Private zu delegieren oder entsprechende kommunale Einrichtungen, wie Stadtwerke oder Wohnungsgesellschaften, gleich ganz an Private zu verkaufen.

Damit geben die Kommunalpolitiker ihre Steuerungsmöglichkeiten und Verantwortung ab. Sie haben weniger Einfluss darauf, wie die Erfüllung der grundlegenden Bedürfnisse der Menschen nach Wasser, Wärme, Strom, Entsorgungsdiensten oder einem bezahlbaren Dach über dem Kopf wahrgenommen wird. Die Belohnung für die Kommune ist ein finanzieller Gewinn, den die Einwohner viel zu häufig

durch teurere und schlechtere Leistungen zahlen.

- Der SSW lehnt eine Privatisierung von Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge ab.

### 2.3. Finanzkräftige Kommunen

Gute finanzielle Rahmenbedingungen sind eine unabdingbare Voraussetzung für eine lebendige, handlungsfähige kommunale Demokratie. Immer mehr Gemeinden sind aber de facto finanziell handlungsunfähig.

Politische Entscheidungen der Bundesregierung und Kürzungen der Landesregierung haben dazu geführt, dass der Spielraum zum Gestalten und zum Investieren vor Ort kaum noch vorhanden ist. Außerdem übertragen der Bund und das Land immer neue Aufgaben auf die Kommunen, ohne dass ein finanzieller Ausgleich erfolgt. Dadurch können die Gemeinden, Städte und Kreise kaum noch ihren vielfältigen Aufgaben gerecht werden.

- Der SSW fordert eine neue Finanzverfassung, die den Kreisen, Städten und Dörfern einen größeren Anteil an den Steuereinnahmen des Staates sichert. Das langfristige Ziel muss sein, dass die

Kommunen nach dänischem Vorbild eigenständig einen Teil der Einkommenssteuer erheben können, über den sie allein verfügen.

- Der SSW fordert, dass das Konnexitätsprinzip – wonach derjenige bezahlt, der die Zeche bestellt – auch für die Übertragung von Aufgaben vom Bund auf die Kommunen eingeführt wird.
- Auch in finanzieller Hinsicht führt eine intensivere Kooperation und Arbeitsteilung der Gemeinden bis hin zu einer Fusion dazu, dass die Kommunalpolitiker vor Ort wieder den Spielraum bekommen, um wichtige Entscheidungen für die Bürgerinnen und Bürger zu treffen.



### 3. Die kulturelle Vielfalt stärken

Die kulturelle Vielfalt ist eine Besonderheit des Nordens.

Das Nebeneinander von hochdeutscher, niederdeutscher, dänischer und friesischer Kultur und

der Kultur der Sinti & Roma gibt unserer Region einen kulturellen Reichtum, wie es ihn kaum an einem anderen Ort in Deutschland gibt. Dieser bereichert nicht nur das Leben der Menschen in Schleswig-Holstein, er ist auch interessant für Touristen und andere Gäste.

Die kulturelle Vielfalt lebt aber nicht von selbst. Sie muss geschätzt, gepflegt und auch finanziell gefördert werden.

### 3.1. Finanzielle Förderung

Minderheitenpolitik ist nur so gut, wie sie vor Ort gelebt wird, und da gibt es vielerorts noch Mängel.

Die Gleichstellung der verschiedenen Bevölkerungsgruppen gibt es nicht zum Nulltarif. Trotzdem steht die Minderheitenförderung vielerorts in jeder Haushaltsrunde wieder zur Diskussion. Deshalb müssen die Zuschüsse an dänische Schulen, Schulbusse, Kindergärten, Bibliotheken, Kultureinrichtungen etc. und an die friesischen Vereine und Institutionen vom unsicheren Status der „freiwilligen Leistung“ befreit und auf ein dauerhaftes Fundament gestellt werden.

Nur durch eine umfassende Verpflichtung des Bundes, des Landes

und der Kommunen können Nachteile ausgeglichen, faire Chancen ermöglicht und die vielfältige Arbeit erhalten werden.

- Der SSW fordert, dass die Förderung der Einrichtungen der Minderheiten zur kommunalen Pflichtaufgabe wird.
- Der SSW fordert, dass die Kreise bei den Zuschüssen für die Schülerbeförderung die dänischen Schulkinder ebenso behandeln, wie ihre Gleichaltrigen an öffentlichen Schulen.
- Der SSW setzt sich für die gleichberechtigte Förderung der dänischen und friesischen Kulturarbeit einschließlich der Erwachsenenbildungsangebote und Bibliotheken durch die Gemeinden und Kreise ein.
- Der SSW fordert die Förderung der schulärztlichen Untersuchungen des dänischen Gesundheitsdienstes an den dänischen Schulen durch die Landkreise.

### 3.2. Sprachen fördern

Zur Gleichstellung der Minderheiten gehört auch, dass ihre Sprachen im öffentlichen Raum wahrnehmbar und nutzbar sind. Dies ist nicht nur das Gebot einer auf Gleichberechtigung und kul-

tureller Vielfalt ausgerichteten Minderheitenpolitik, sondern dient auch der Erfüllung der Ziele der „Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen“, in der sich Deutschland verpflichtet hat, den Gebrauch von Dänisch, Friesisch und Plattdeutsch in der Öffentlichkeit zu fördern.

Neben dem Erlass des schleswig-holsteinischen Wirtschaftsministeriums, der die Aufstellung mehrsprachiger Ortstafeln und Hinweisschilder ermöglicht, müssen weitere Möglichkeiten der Nutzung von Minderheitensprachen im öffentlichen Raum und in öffentlichen Behörden ausgeschöpft werden.

- Der SSW fordert die Förderung der Minderheitensprachen in den kommunalen Verwaltungen im Landesteil Schleswig.
- Der SSW setzt sich für die Aufstellung zweisprachiger Ortsschilder und Wegweiser in weiteren Gemeinden im nördlichen Landesteil ein.
- Der SSW setzt sich dafür ein, dass die Minderheitensprachen in den regionalen Medien stärker vertreten sind.
- Der SSW setzt sich dafür ein, dass Museen und andere Kultur-

einrichtungen konsequent mehrsprachig konzipiert werden.

- Der SSW fordert, dass der Kreis Nordfriesland und die nordfriesischen Gemeinden konsequent die Möglichkeiten des Friesisch-Gesetzes nutzen.

### 3.3. Kulturelle Vielfalt ist mehr als Minderheitenpolitik

Aus unserer Geschichte ergibt sich, dass der SSW sich zuerst für die Förderung der Minderheitenkulturen einsetzt.

Darüber hinaus arbeiten die Kommunalvertreter des SSW aber dafür, dass die kulturelle Vielfalt ganz allgemein als zentrale Aufgabe der Kommunalpolitik wahrgenommen wird.

Ob es nun um die „klassische“ Kultur wie Theater und Kunstausstellungen geht, um Soziokultur oder um „Alternativkultur“: Zu einem intakten Leben in einer Gemeinde gehört auch eine lebendige Kulturszene. Wer hier ständig den Rotstift ansetzt, der riskiert die kulturelle Vielfalt unseres Landesteils.

- Der SSW setzt sich für eine gleichberechtigte Förderung der vielfältigen kulturellen Aktivitäten und Angebote vor Ort ein.

- Der SSW setzt sich dafür ein, dass die kulturellen Besonderheiten der Einwanderer vor Ort respektiert werden, weil sie sich nur so in die lokale Gemeinschaft integrieren können.
- Der SSW fordert, dass die erfolgreiche deutsch-dänische Kultur-Zusammenarbeit im Rahmen der Region Sønderjylland-Schleswig langfristig finanziell abgesichert wird.



## 4. Wirtschafts- und Strukturförderung

Im Zeitalter der Globalisierung kommt es mehr denn je darauf an, eine regionale Wirtschaftspolitik zu entwickeln, die die Wettbewerbsfähigkeit der Randgebiete für die Zukunft sichert.

Da über 90 Prozent der Betriebe im Land kleine und mittlere Unternehmen sind, geht es vor allem darum, bessere Rahmenbedingungen für den Mittelstand zu schaffen. Er sichert und schafft

immer noch die meisten Arbeitsplätze in unserer Region.

Es geht darum, die Stärken des Nordens besser zu nutzen, um damit eine Perspektive für die regionale Wirtschaft im Landesteil Schleswig zu entwickeln.

Die von allen geforderte wirtschaftliche Entwicklung hat jedoch nur dann Bestand, wenn sie möglichst auf vielen Säulen ruht. Dazu gehören selbstverständlich arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, die gezielte Förderung des Mittelstandes, der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und vor allem eine Bildungspolitik, die die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Bildung fördert.

### 4.1. Förderung des Nordens

Der SSW hat seit Jahrzehnten - und oft genug allein - immer wieder darauf hingewiesen, dass der Landesteil Schleswig einer besonderen Förderung bedarf, damit er nicht von der allgemeinen Entwicklung abgehängt wird. Stattdessen bekommt der Landesteil zurzeit nicht einmal seinen angemessenen Anteil an den Mitteln der Wirtschaftsförderprogramme.

Neben einer besseren Wirtschafts-

förderung können die Kommunen auch in ihrem eigenen Bereich zur Stärkung der lokalen und regionalen Wirtschaft beitragen. Wenn sie öffentliche Aufträge ausschließlich an Unternehmen vergeben, die ihre Mitarbeiter nach Tarif zahlen (Tariftreue), bekommen heimische Betriebe eine faire Chance gegen auswärtige Konkurrenz, die mit Dumpinglöhnen arbeitet.

- Der SSW fordert die gerechte Verteilung der Fördermittel innerhalb Schleswig-Holsteins.
- Der SSW setzt sich für die kommunale Unterstützung kleiner und mittlerer Betriebe sowie von Existenzgründern ein.
- Der SSW fordert, dass das Land wichtige Branchen im Norden verstärkt fördert – unter anderem den Tourismus, den Gesundheitssektor, die Lebensmittelproduktion und die Energietechnik.
- Der SSW setzt sich dafür ein, dass alle Kommunen in Schleswig-Holstein die Möglichkeiten des – vom SSW initiierten – Tariftreuegesetzes konsequent nutzen.
- Der SSW will die wirtschaftspolitische Zusammenarbeit in der K.E.R.N.-Region wieder beleben.

## 4.2. Ausbau der Verkehrsanbindung

Die Infrastruktur des Landesteils Schleswig ist eine entscheidende Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung unserer Region.

Wenn unsere Unternehmen wettbewerbsfähig sein sollen, und wenn die Touristen den Weg in unsere Region finden sollen, dann muss der Norden besser an die europäischen Verkehrsnetze angebunden werden.

Leider ist die verkehrliche Anbindung aber in vielerlei Hinsicht stark erneuerungsbedürftig. Der SSW fordert daher für die überregionalen Verkehrsverbindungen:

- Die Bahnstrecke Hamburg-Kolding muss ausgebaut werden. Hierzu gehört, dass das Nadelöhr an der Rendsburger Hochbrücke durch einen Eisenbahntunnel unter den Nord-Ostsee-Kanal ersetzt wird.
- Die Autobahn A7 (E45) muss von Neumünster bis Kolding dreispurig ausgebaut werden, um genügend Kapazität für den künftig noch zunehmenden Verkehr zu haben.
- Die A20 mit der Elbquerung westlich von Hamburg muss zügig fertig gestellt werden, weil

dadurch die Westküste besser angebunden wird.

- Die Bahnstrecke Hamburg-Westerland muss modernisiert werden. Dies gilt insbesondere für den zweigleisigen Ausbau der Strecke Niebüll-Westerland.
- Die Bahnstrecke Niebüll-Tønder-Esbjerg muss ausgebaut werden und soll ohne Umsteigen befahren werden können.
- Die Errichtung neuer (touristischer) Fährverbindungen über die Flensburger Förde nach Dänemark.
- Längerfristig soll eine Schienenanbindung an den Flughafen Sønderborg den größten Flughafen in der deutsch-dänischen Grenzregion stärken. Kurzfristig muss die Buslinie Husum-Sønderborg bis zum Flughafen verlängert werden.

Außerdem sind auch einige Verkehrsverbindungen innerhalb unserer Region stark erneuerungsbedürftig. Der SSW fordert:

- Die B5 als wichtigste Nord-Süd-Verbindung an der Westküste muss bis zur dänischen Grenze mit drei Fahrbahnen kreuzungsfrei ausgebaut werden.
- Die B200 von Husum nach Flensburg muss ausgebaut werden.

- Die Schleibrücke Lindaunis muss erneuert werden.

- Die Tide-unabhängige Anbindung der Insel Amrum muss sichergestellt werden.

### 4.3. Engere deutsch-dänische Zusammenarbeit

Die Zusammenarbeit mit unseren nördlichen Nachbarn ist die entscheidende strategische Perspektive, um Wachstum und Arbeitsplätze im Landesteil Schleswig zu schaffen.

Unsere Vision ist es, den gemeinsamen Wirtschaftsraum und den gemeinsamen Arbeitsmarkt voranzubringen, sodass wir im globalen Wettbewerb bestehen können.

Die Kommunalpolitiker des SSW aus Flensburg, Schleswig-Flensburg und Nordfriesland setzen sich im Rahmen der „Region Sønderjylland-Schleswig“ aktiv dafür ein, dass die einzigartigen Chancen der Region u. a. in der Wirtschaftspolitik und im Bildungswesen ausgeschöpft werden.

- Der SSW setzt sich dafür ein, dass die 2006 von der Regionalversammlung beschlossene Wirtschaftsentwicklungsstrategie umgesetzt wird.

- Der SSW fordert eine Weiterbildungsoffensive für das Grenzland, die die sehr unterschiedlichen Strukturen in der Aus- und Weiterbildung überwindet und so einen gemeinsamen deutsch-dänischen Arbeitsmarkt fördert.
- Der SSW setzt sich dafür ein, dass die akademischen Einrichtungen in der Region langfristig zu einem gemeinsamen deutsch-dänischen Hochschulzentrum weiter entwickelt werden.
- Der SSW setzt sich dafür ein, dass die Beratung von Unternehmen und Arbeitnehmern, die grenzüberschreitend tätig werden wollen, weiter verbessert und gebündelt wird.
- Der SSW fordert ein gemeinsames Tourismus-Marketing-konzept für die gesamte deutsch-dänische Grenzregion.
- Der SSW setzt sich für mehr grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich ein.



## 5. Solidarität vor Ort

Wo, wenn nicht in der Gemeinschaft vor Ort, soll Politik zum solidarischen Zusammenhalt der verschiedenen Bevölkerungsgruppen beitragen. Dort entscheiden die Menschen selbst, welche Hilfen, Dienstleistungen und Beratungsangebote für die Bevölkerung zur Verfügung stehen.

Umso wichtiger ist es, dass die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker klare Vorstellungen davon haben, wie das soziale Miteinander aussehen soll. Für die Vertreterinnen und Vertreter des SSW ist klar: Wir wollen eine solidarische Gemeinschaft, in der die stärksten Schultern die größten Lasten tragen.

### 5.1. Den Schwächeren helfen

Gerade in knappen Zeiten ist es besonders wichtig, dass die Solidarität der Menschen nicht verloren geht. Die notwendigen kom-



munalen Einsparungen dürfen nicht einseitig zu Lasten derjenigen Menschen gehen, die arbeitslos sind, in soziale Not geraten oder durch ihre Lebensumstände benachteiligt sind.

Die Kommunalpolitik muss sich beständig fragen, ob sie genug und das Richtige für jene Mitmenschen tut, die nicht stark genug sind, um ihre Interessen allein durchzusetzen.

- Der SSW setzt sich dafür ein, dass die Kommunen die Regelungen der (grundsätzlich falschen) Hartz-IV-Gesetzgebung so flexibel und großzügig umsetzen, dass für die Betroffenen dadurch keine weiteren sozialen Härten entstehen.

- Der SSW setzt sich dafür ein, dass die Menschen vom Lohn ihrer Arbeit leben können und so nicht auf ergänzende Sozialleistungen angewiesen sind. Hierzu gehört neben einem Mindestlohn und der Tariftreuerregelung (siehe 4.1.), dass Kommunen ihre Tochterunternehmen und auch deren „Töchter“ verpflichten müssen, ihre Angestellten nach orts- oder branchenüblichen Tarifen zu entlohnen.

- Der SSW fordert, dass die Kreise und kreisfreien Städte eine eigene vorbeugende Gesundheitspolitik

erarbeiten und umsetzen. Gesundheitliche Aspekte müssen auch bei Entscheidungen in anderen Bereichen, wie der Verkehrs- oder der Baupolitik, mit berücksichtigt werden.

- Der SSW lehnt es ab, bei Einrichtungen zu kürzen, die den besonders Schwachen in unserer Gesellschaft Unterstützung und Hilfe bieten. Streichungen bei der Drogenhilfe, der AIDS-Hilfe, der Hilfe für psychisch Kranke oder bei anderen Angeboten sind unsolidarisch und verursachen zudem längerfristig weit höhere Folgekosten.

- Der SSW setzt sich für eine bessere Zusammenarbeit zwischen Drogenhilfe und Jugendhilfe ein.

- Der SSW setzt sich vor Ort dafür ein, dass die Kommunen in ihrem Zuständigkeitsbereich die "Barrieren" für Menschen mit Behinderung suchen und abbauen.

- Der SSW fordert, dass die Kreise die steigenden Ausgaben bei der Eingliederungshilfe nicht als Vorwand nehmen, um die individuelle Hilfestellung für Kinder und Erwachsene mit Behinderungen zu verschlechtern.

- Der SSW fordert, dass alle Kreise eigene Beauftragte wählen, die die Interessen der Menschen mit

Behinderung gegenüber der Verwaltung und der Politik vertreten.

- Der SSW setzt sich dafür ein, dass kommunale Verwaltungen die Arbeit von Gleichstellungs-, Behinderten- oder Seniorenbeauftragten und -beiräten in ihrer Arbeit berücksichtigen.

## 5.2. Kinder und Jugendliche schützen und fördern

Die Sicherstellung von guten Rahmenbedingungen für Kinder, Jugendliche und für ihre Familien gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Kommunalpolitik.

Ein gute Kinder- und Jugendpolitik sichert die Chancengleichheit und eine gesunde Entwicklung der Jüngsten in der Gemeinschaft. Sie ist notwendig, damit die Eltern Kinder und Erwerbstätigkeit unter einen Hut bekommen können. Und eine gut ausgestattete und wache Kinder- und Jugendhilfe ist auch der beste Weg, um die Kleinsten vor Gewalt und Vernachlässigung zu schützen.

In den letzten Jahren sind aber vielerorts Versuche unternommen worden, die Standards in diesem Bereich zu verschlechtern und Zuschüsse an Jugendverbände und Angebote der freien Kinder-

und Jugendarbeit zu kürzen, weil dadurch Kosten gespart werden können. Dies schadet nicht nur den Kindern und Jugendlichen, es ist auch finanziell viel zu kurzfristig gedacht, weil es längerfristig zu hohen Kosten in der Kriminalitätsbekämpfung oder bei sozialen Hilfen führt. Der SSW lehnt deshalb Kürzungen bei der Kinder- und Jugendhilfe kategorisch ab.

- Der SSW setzt sich dafür ein, dass Städte und Kreise nicht bei Angeboten und Hilfen für Kinder, Jugendliche und Familien sparen.
- Der SSW setzt sich dafür ein, dass bestehende Wartezeiten bei Familienberatungsangeboten stark verringert werden.
- Der SSW setzt sich dafür ein, dass die Betreuungsangebote für 0-3-Jährige dem tatsächlichen Bedarf der Familien angepasst werden.
- Der SSW setzt sich dafür ein, dass die Qualitätsstandards in der Kinderbetreuung nicht ausgehöhlt werden.
- Der SSW setzt sich dafür ein, dass Kinder und Jugendliche stärker an kommunalpolitischen Entscheidungen beteiligt werden, die sie unmittelbar in ihrem Alltag berühren.

- Der SSW setzt sich dafür ein, dass Kinder und Jugendliche aus Zuwanderer- und Aussiedlerfamilien gezielt gefördert werden.

- Der SSW setzt sich dafür ein, dass die Benutzung von Schulbussen kostenlos ist. Die Kreise und kreisfreien Städte müssen auf die Erhebung einer Elternbeteiligung verzichten.

### 5.3. Chancengleichheit durch Bildung

Zur sozialen Gerechtigkeit gehört vor allem ein Bildungswesen, das den Kindern gleiche Startchancen ins Leben bietet. Leider hat das deutsche Schulwesen mit seiner frühen Sortierung nach der 4. Klasse die soziale Ungleichheit durch viele Jahrzehnte verstärkt. Dies ist einer der Gründe, weshalb wir uns dafür einsetzen, vor Ort Gemeinschaftsschulen und mehr Ganztagsangebote einzurichten.

Bildung ist aber längst nicht mehr nur eine Sache für Kinder und junge Menschen. Heute ist es entscheidend, dass die Menschen sich auch nach einer abgeschlossenen Ausbildung weiter bilden. Denn Bildung ist die beste Versicherung gegen Arbeitslosigkeit und die beste Investition in ein glückliches, selbst bestimmtes Leben.

Für den SSW ist daher die Möglichkeit lebenslangen Lernens das Kernstück einer modernen Bildungspolitik.

Dabei ist in den letzten Jahren die Einsicht gewachsen, dass für unsere Region eine besondere Chance darin liegt, grenzüberschreitend zu denken. Die Nähe zu den Bildungseinrichtungen und zum Arbeitsmarkt im südlichen Dänemark eröffnen den jungen Menschen in unserer Region neue Perspektiven, die ihre Chancen zusätzlich verbessern können.

- Der SSW fordert den konsequenten Ausbau der Gemeinschaftsschulen vor Ort.

- Der SSW fordert qualifizierte Ganztagsangebote an allen Schulen.

- Der SSW fordert einen konsequenten Ausbau des Dänischunterrichts und des Friesischangebotes an den öffentlichen Schulen.

- Der SSW fordert die Vernetzung der verschiedenen Bildungseinrichtungen in der Region und einen stärkeren Wissenstransfer zwischen den Hochschulen und der Arbeitswelt.

- Der SSW fordert, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit

mit Bildungseinrichtungen in Dänemark verstärkt wird.

#### 5.4. Integration der Zuwanderer als kommunale Aufgabe

In den letzten Jahrzehnten sind Menschen zu uns eingewandert, die heute noch in vielerlei Hinsicht ausgegrenzt und benachteiligt sind. Wir müssen endlich die sozialen und kulturellen Barrieren überwinden, vor denen viele hier lebende Einwanderer und ihre Nachfahren schon kapituliert haben.

Ob es um Bildung, Jugendhilfe, Ausbildung, Arbeitswelt, Gesundheit, soziale Dienste oder Kulturpolitik geht: In all diesen Bereichen brauchen wir stärkere Anstrengungen und Angebote für die Einwandererfamilien, denn die Eingliederung in das Leben vor Ort entscheidet über das Gelingen der Integration.

Die Verwaltungen der Kreise und Gemeinden sind die zentrale Schnittstelle zwischen „alten“ und „neuen“ Einwohnern, zwischen ihren Sprachen und Kulturen. Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen sich professionell, kompetent und verständnisvoll um die Belange der Zuwanderer kümmern

- Der SSW setzt sich dafür ein,

dass die Kommunen eine aktive Integrationspolitik entwickeln, indem sie lokale Integrationspläne aufstellen und die entsprechende Weiterbildung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vorantreiben.

- Der SSW fordert, dass die Kommunen feste Ausländerbeiräte nach dänischem Vorbild einrichten.
- Der SSW setzt sich dafür ein, dass die Kommunen Sprach- und Informationskurse für Zuwanderer anbieten und vor allem einen stärkeren Kontakt zur Gruppe der Mütter suchen.
- Der SSW setzt sich dafür ein, dass Kinder aus Einwandererfamilien gezielt gefördert werden, um ihnen Chancengleichheit in der Schule zu geben.
- Der SSW setzt sich weiterhin dafür ein, dass Nicht-EU-Bürger auch das Wahlrecht auf kommunaler Ebene bekommen.





## 6. Lokale Beiträge zur Klima- und Energiepolitik

Die Geschwindigkeit, mit der der Klimawandel voranschreitet, ist vom Menschen verursacht. Die Verantwortung etwas zu verändern, fängt bei jedem selbst an. Potentiale hierfür gibt es genug – Verbesserung der Energieeffizienz, Energieeinsparung und erneuerbare Energien sind die Antworten. Geredet wurde bisher viel, aber die entsprechenden Aktivitäten folgen nur sehr schleppend.

Derzeit lässt sich der Energiebedarf noch nicht ohne fossile Energieträger gestalten. Der SSW will auf einen Energiemix umstellen: Der Energiegrundbedarf soll dezentral und aus regenerativen Energieformen gedeckt und nur die zeitlich begrenzten „Energiespitzen“ durch fossile Energieträger gesichert werden. Die risikoträchtige Atomenergie ist für uns keine Alternative im Kampf gegen den Klimawandel. Langfristig brauchen wir intelligente Ant-

worten auf die Frage, wie der Energiemix gänzlich ohne fossile Energie gestaltet werden kann.

- Der SSW setzt sich für die verstärkte Förderung erneuerbarer Energien ein, damit dies für jedermann eine bezahlbare Alternative ist.
- Der SSW fordert Investitionsprogramme für Energieeinsparmaßnahmen und die Förderung erneuerbarer Wärmenergie, wie solarthermische Anlagen und Geothermie.
- Der SSW setzt sich für den Ausbau einer dezentralen Energieversorgung mit erneuerbaren Energien ein.
- Der SSW setzt sich dafür ein, dass in der Bauleitplanung der Ausbau erneuerbarer Energien stärker berücksichtigt wird.
- Der SSW setzt sich dafür ein, dass selbstständige Stadtwerke als Leuchttürme der dezentralen Energieversorgung erhalten bleiben.
- Der SSW fordert, dass die Kommunen bei Ausschreibungen für öffentliche Baumaßnahmen, Fuhrparks und andere kommunale Einkäufe umwelt- und klimapolitische Kriterien berücksichtigen.



# Wollen Sie mehr wissen?

Mehr über unsere politischen Ziele und über unsere  
Kandidatinnen & Kandidaten zur Kommunalwahl  
erfahren Sie auf der Homepage

[www.ssw.de](http://www.ssw.de)

- oder indem Sie uns die Postkarte schicken.

Sie können sich im Internet auch direkt über die Arbeit,  
die Ziele und die Personen des SSW vor Ort informieren:

[www.ssw-flensburg.de](http://www.ssw-flensburg.de)

[www.ssw-schleswig-Flensburg.de](http://www.ssw-schleswig-Flensburg.de)

[www.ssw-nordfriesland.de](http://www.ssw-nordfriesland.de)

[www.ssw-rd-eck.de](http://www.ssw-rd-eck.de)

[www.ssw-kiel.de](http://www.ssw-kiel.de)

Absender(in)

---

---

---



Ich möchte

- Informationen über die Ziele und Kandidaten  
des SSW in meinem Kreis
- mehr Informationen über den SSW
- im SSW mitmachen. Bitte schicken Sie mir  
Informationen über eine SSW-Mitgliedschaft
- dem SSW sagen...

SSW-Landesverband  
Schiffbrücke 42  
24939 Flensburg

# SSW-Landesverband

Schiffbrücke 42  
23939 Flensburg

Tel. 0461-14408310  
info@ssw.de

[www.ssw.de](http://www.ssw.de)

